

Pressemitteilung

CFS-Umfrage zum „Ausblick auf das Jahr 2020“

Deutsche Finanzbranche rechnet mit einer weiteren Ausbreitung von Negativzinsen für Privatanleger – Stärkere Förderung von Aktienbesitz gefordert

FRANKFURT, 10. Februar 2020

Niedrigzinsen und Aktienbesitz

Eine Umfrage des CFS unter Führungskräften in der Finanzbranche zeigt, dass mehr als 90% der Befragten nicht mit einer Änderung der Geldpolitik der EZB in diesem Jahr rechnen. Daher gehen die meisten Finanzexperten (ebenfalls mehr als 90%) davon aus, dass sich der Trend zu negativen Einlagenzinsen oder entsprechenden Verwahrgebühren für Privatanleger weiter fortsetzen wird. Angesichts weitreichender Folgen für die private Altersvorsorge spricht sich eine klare Mehrheit der Befragten (ca. 87%) für eine stärkere Förderung des Aktienbesitzes zum Zwecke der Altersvorsorge aus.

„Der Anteil der Personen, die Aktien oder Aktienfonds besitzen, hat in den letzten Jahren zugenommen. Dennoch investiert derzeit nur etwa jeder sechste Bürger in Aktien“, sagt Professor Volker Brühl, Geschäftsführer des Center for Financial Studies. „Die von Finanzminister Olaf Scholz angedachte Finanztransaktionssteuer wäre daher kontraproduktiv.“

Umstritten ist unter den Befragten, ob man Kleinsparer durch staatliche Maßnahmen vor negativen Zinsen schützen sollte. Dies befürworten immerhin 51% der Befragten aus dem Finanzsektor.

Hubertus Väh, Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance e.V., unterstreicht: „Seit Jahrzehnten wird das Fehlen der Aktienkultur in Deutschland bemängelt. Wenn man den negativen Zinsen aus Sicht der Anleger etwas Positives abgewinnen will, dann muss die Aktienanlage nun zur Säule privater Vorsorge werden, will man Vermögensverluste vermeiden.“

Wachstumsaussichten und „Schwarze Null“

Des Weiteren verdeutlicht die CFS-Umfrage, dass die Finanzindustrie trotz anhaltender Unsicherheiten über Handelskonflikte und geopolitische Risiken mehrheitlich nicht mit einem Einbruch des Wirtschaftswachstums in diesem Jahr rechnet. Ca. 51% der Befragten halten die Erwartung der Bundesregierung, die von einem Wachstum des BIP in Deutschland von ca. 0,6% ausgeht, für realistisch.

Die Diskussion über das Festhalten an der „schwarzen Null“ im Bundeshaushalt wird auch in der Finanzindustrie kontrovers geführt. Eine Mehrheit (54%) spricht sich dafür

Pressemitteilung

aus, durch staatliche Investitionen oder Steuererleichterungen temporär von der „schwarzen Null“ im Bundeshaushalt abzuweichen. 44% der Befragten lehnen dies ab.

„Die Umfrageergebnisse zeigen, dass es sowohl hinsichtlich der Konjunkturerwartung als auch bezüglich der Notwendigkeit, die Wirtschaft durch fiskalpolitische Maßnahmen zu stützen, kein klares Meinungsbild im Finanzsektor gibt“, erläutert Prof. Brühl.

Hubertus Väth, Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance e.V., ergänzt: „Das Meinungsbild spiegelt die labile Situation der sehr offenen deutschen Wirtschaft wieder. Auf der einen Seite ein Rekordaußenhandelsüberschuss, auf der anderen Seite eine Pandemie, deren Verlauf Wertschöpfungsketten gefährdet, die durch den Brexit und den mitnichten beigelegten Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und China ohnehin strapaziert sind.“

Die Ergebnisse basieren auf einer vierteljährlich vom Center for Financial Studies durchgeführten Managementbefragung unter Unternehmen des Finanzstandortes Deutschland.

Das Center for Financial Studies (CFS) betreibt unabhängige und international orientierte Forschung in allen wesentlichen Themenfeldern der Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Monetären Ökonomie: von Finanzstabilität und Bankenregulierung über Wertpapierhandel und -bewertung auf Finanzmärkten, Portfolioentscheidungen von Haushalten und Recht und Ökonomie von Finanzorganisationen bis hin zu Geldpolitik und Ökonomie von Finanzmärkten. Das CFS leistet, unter Verwendung relevanter Erkenntnisse aus seinen Forschungsbereichen, einen Beitrag zu politischen Debatten und Analysen. Es greift für seine Forschungsprojekte und Politikberatung auf ein Netzwerk aus Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Finanzindustrie und Zentralbanken in- und außerhalb Europas zurück.

Wir danken Frankfurt Main Finance e.V. für die finanzielle Förderung des Projekts.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Pressekontakt:

Sabine Kimmel

Center for Financial Studies
Goethe-Universität Frankfurt
E-Mail: kimmel@ifk-cfs.de
Tel.: (069) 798-30066